

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSDIENST/EDA  
s.C.41.780.0.-KO/ZKA

Bern, 14. Dezember 1990

**Bericht zur Sitzung der für Ost-/Mitteleuropa zuständigen  
Finanzexperten vom 12./13. Dezember 1990 am OECD-Hauptsitz in Paris**

**1. Exportrisikogarantien zugunsten Ost-/Mitteleuropa**

Die schweizerische **ERG** ist für folgende Länder offen: UdSSR, Ungarn, Tschechoslowakei und Rumänien. Sie ist für Bulgarien infolge des Schuldenmoratoriums geschlossen. Ebenso ist sie prinzipiell für Polen zu, wurde aber durch eine Ausfallgarantie des Bundes im Betrag von 100 Mio sFr. (Teil des 250 Mio-Kredits) wieder geöffnet. Die meisten OECD-Länder haben grundsätzlich die gleiche Regelung getroffen, dass nämlich ihre Exportrisikogarantie für Bulgarien zu ist und für Polen durch spezielle Vorkehrungen wieder geöffnet wurde.

**2. Italienische und amerikanische "Merger Banks" für Ost-/Mitteleuropa**

Italien beabsichtigt, eine Merger Bank für Polen und Ungarn zu gründen und deren Aktivitätsfeld später auch auf die Sowjetunion auszudehnen. Die Bank soll mit einem Kapital von 200 Mio US\$ ausgestattet werden und sich sowohl bei der Rationalisierung von bestehenden Unternehmen wie auch bei der Abklärung von neuen Investitionsmöglichkeiten betätigen. Pläne zur Errichtung einer Merger Bank bestehen ebenfalls in der US-Administration.

**3. Aktivitäten von internationalen Finanzinstitutionen in Ost-/Mitteleuropa**

**3.1. Weltbank (WB)**

Bulgarien und die Tschechoslowakei wurden im September 1990 in die Bretton Woods-Institute aufgenommen, während Ungarn, Polen, Rumänien und Jugoslawien teilweise langjährige Mitglieder sind.

---

Schweizerische Delegation: Thomas Kolly, FWD/EDA  
Isabelle Hunziker, SNB



- 2 -

Die WB sieht vor, den sechs Ländern in den nächsten drei Jahren 8 - 9 Mrd US\$ zur Verfügung zu stellen, was 15-20% aller seiner verwendeten Gelder darstellen würde. Mit Polen, Ungarn und Jugoslawien hat die WB bereits ein Strukturanpassungsprogramm abgeschlossen, für die Tschechoslowakei wird ein solches in Kürze erwartet. Bei Bulgarien und Rumänien gestaltet sich der Fall schwieriger. Die WB zweifelt, ob die betreffenden Staaten fähig sind, tiefgreifende Reformen durchzuführen.

Neben der Gewährung von Strukturanpassungskrediten bietet die WB technische Hilfe auf fast allen möglichen Gebieten an, insbesondere im Finanz- und Bankenbereich: Obwohl sich je nach Empfängerland Unterschiede abzeichnen, kann in diesem Bereich folgende grobe Arbeitsteilung zwischen der WB, IFC und dem IMF festgestellt werden: Die WB unterstützt den Aufbau eines Netzes von kommerziellen Banken. Dabei stellt sich als grösstes Problem die Schaffung von Eigenkapital. Da die Banken in einem planwirtschaftlichen System keine Risiken auf sich nehmen, ist auch deren Ausstattung mit Eigenkapital sehr gering. Die IFC hilft beim Aufbau eines Kapitalmarktes; der IMF unterstützt die Zentralbanken bei deren Umstrukturierung. Bis jetzt sind vor allem Ungarn und die Tschechoslowakei (seit dem kürzlichen Beitritt) Empfänger der technischen Hilfe.

### 3.2. IMF

Mit Jugoslawien, Ungarn und Polen hat der IMF "Stand by Agreements" abgeschlossen.

Neben der technischen Hilfe, die der IMF, wie bereits eben erwähnt, bei der Umstrukturierung der Zentralbanken gewährt, hilft er im speziellen den Polen bei der Einführung der Mehrwertsteuer, welche für Mitte 1991 vorgesehen ist.

### 3.3. European Investment Bank (EIB)

1989 hat die EIB einen auf 3 Jahre verteilten Kredit von 1,3 Mrd US\$ für Polen und Ungarn bereitgestellt. Noch vor Ende 1990 soll dieser



- 3 -

Betrag erhöht werden, um auch die übrigen Länder der Region, ohne die Sowjetunion allerdings, als Kreditnehmer berücksichtigen zu können. Die EIB finanziert hauptsächlich grosse Projekte im öffentlichen Sektor. Dahingehend gilt eine Arbeitsteilung mit der EBRD, welche vor allem Projekte im privaten Sektor finanzieren wird. Die EIB hat Mühe, das ihr für Ost-/ Mitteleuropa zur Verfügung stehende Geld auszuleihen, werden doch die Kredite zu (teuren) Marktpreisen gewährt und gilt für ein Tätigwerden der Bank das Subsidiaritätsprinzip. Häufig ko-finanziert die EIB Projekte der Weltbank. Für Jugoslawien sind die EIB-Kredite seit Jahren zugänglich.

### 3.4. BIZ

Die BIZ bietet den ost-/mitteleuropäischen Staaten keine technische Hilfe in dem Sinne an, dass sie ganze Projekte auf die Beine stellt. Indessen werden in Basel des öfters Experten aus diesen Staaten empfangen, um ihnen das Funktionieren des westlichen Banken- und Kapitalmarktsystems zu erklären. Die BIZ gewährt grundsätzlich keine Kredite, ausser bei kurzfristigen Liquiditätsproblemen. Dies war im Sommer 1990 für Ungarn der Fall.

## 4. Deutsche Wirtschafts- und Währungsunion

Die Konsequenzen der Union sind drastischer als erwartet und haben z.B. einen 50%igen Produktionsrückgang im Industriebereich mit sich gebracht. 540'000 ehemalige DDR-Bürger waren im Oktober ganzarbeitslos, was eine Arbeitslosenquote von 6,1 % ergab. 19 % oder 1.8 Mio waren teilzeit-arbeitslos.

Die Produktionskapazität in der DDR wurde bei Inkrafttreten der Union im Vergleich zur BRD von westdeutschen Experten auf 50 % geschätzt. Nun hat sich aber erwiesen, dass die ostdeutsche Produktionskapazität im Vergleich zur BRD nur ein Drittel ausmacht. Durch den grundsätzlichen Umtauschkurs 2:1 (Ostmarkt/DM) ist somit ein Geldüberhang geschaffen worden. Inflationäre Tendenzen sind aber gleichwohl nicht auszumachen.

- 4 -

Das Lohnniveau auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ist im Vergleich zur BRD von 50% im vergangenen Sommer auf 60 % angewachsen. Angesichts der ost-deutschen Wirtschaftsproduktivität, die nur einen Drittel im Vergleich zu Westdeutschland erreicht, sind die Löhne zu hoch. Dadurch ist für Investitionen das notwendige Geld nicht in ausreichendem Mass vorhanden. Hier ist anzufügen, dass das Lohnsystem der ehemaligen DDR die unqualifizierten Arbeitskräfte bevorzugte. Somit erhielt nach der Umstellung der Löhne von Ostmark auf Westmark (1:1) ein Hilfsarbeiter einen für westliche Verhältnisse angebrachten Lohn. Im Gegensatz dazu verdiente aber beispielsweise ein qualifizierter Techniker im Vergleich zu seinem westlichen Kollegen vielleicht nur einen Zehntel.

#### **5. Privatisierung / Restrukturierung des Finanzsystems**

Die Privatisierung und die Restrukturierung der Finanzsysteme müssen gleichzeitig geschehen. Das Finanzsystem hat die Evaluation des Wertes der zu privatisierenden Unternehmen zu ermöglichen. Dann muss das Finanzsystem in der Lage sein, den leistungsstarken Unternehmen Geld zur Verfügung zu stellen. Heute gehen vielfach auch gesunde Unternehmen dem wirtschaftlichen Abgrund entgegen, nur weil ihnen die nötige finanzielle Basis fehlt.

Privatisierung darf sich nicht darauf beschränken, einen Eigentümerwechsel vorzunehmen, sondern muss in einem breiteren Sinn die Entwicklung des Privatsektors umfassen. Ein Sitzungsteilnehmer fasste den zu begehenden Weg in folgende bildträchtige Worte: Nicht eine Fischsuppe in ein Aquarium verwandeln, sondern überlegen, wie die Fischsuppe verwendet werden könnte, um eine neue Fisch-Population zu züchten.

#### **6. Nächste Sitzung**

Die nächste Sitzung ist für April 1991 geplant. Die zentralen Themen werden die Reformen der Finanzsysteme in den ost-/mitteleuropäischen Staaten sowie die aus der deutschen Wirtschaftsunion zu ziehenden Schlüsse sein.

Th. Kolly





